

Für ein starkes und freiheitliches Sachsen

Landtagswahlprogramm der FDP Sachsen 2009

Beschlossen am 1.11.2008 in Dresden



Für ein starkes und freiheitliches Sachsen

Landtagswahlprogramm der FDP Sachsen 2009

Inhaltsverzeichnis:

Sozialpolitik: Mehr Familienfreundlichkeit und Gesundheit für Sachsen.....	29
Familienland Sachsen	29
Für eine bessere Kinderbetreuung.....	30
Frühkindliche Bildung.....	30
Familienleistung anerkennen.....	30
Kinderrechte ernst nehmen.....	31
Familienhilfe stärken, Kindesmisshandlung verhindern!	31
Kinderarmut wirksam bekämpfen	31
Jugend- und Sozialämter stärken.....	31
Jugend in Sachsen	32
Generationengerechtigkeit schaffen	32
Jugendförderung reformieren	32
Jugend für Demokratie gewinnen!.....	32
Wahlrecht ab 16 Jahren.....	33
Altersdiskriminierung aufheben.....	33
Politik für Menschen mit Behinderung	33
Integration in Sachsen.....	34
Gesundheit und Pflege.....	34
Medizinische Versorgung und Pflege nachhaltig sichern.....	34
Moderne Medizin für alle in Sachsen.....	35
Ärztemangel in Sachsen bekämpfen.....	35
Sicherung der Pflege.....	36
Eigenverantwortung und Vorbeugung.....	37

Sozialpolitik: Mehr Familienfreundlichkeit und Gesundheit für Sachsen

In einer sozialen Gesellschaft übernehmen Menschen Verantwortung füreinander. Jeder Einzelne und der liberale Sozialstaat tragen Verantwortung für die Menschen, die nicht in der Lage sind, aus eigener Kraft für die Absicherung von Lebensrisiken zu sorgen. Es gibt Menschen, für die ist persönliche Freiheit ohne Hilfe anderer nicht erreichbar. Dieser Verantwortung stellen wir uns.

Soziale Sicherungssysteme fangen Menschen in Not auf und geben gleichzeitig Unterstützung und Anreize, sie helfen, ein möglichst selbst bestimmtes Leben zu führen. Sozialpolitik muss Menschen dazu befähigen, wieder für sich selbst und für andere sorgen zu können. Sie stellt Hilfs- und Beratungsangebote bereit. Sie unterstützt Menschen dort, wo diese Verantwortung übernehmen wollen.

Ob eine Gesellschaft kinderfreundlich ist, zeigt sich auch an der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer Elternzeit, egal ob für den Mann oder die Frau, muss leichter werden. Um den fachlichen Wiedereinstieg und den Anschluss im Beruf zu erleichtern, sollen junge Eltern bevorzugt von Fortbildungsmaßnahmen profitieren. In Sachsen fehlen oft ausbildungsplatznahe Betreuungsmöglichkeiten. Vermehrte und zeitlich flexiblere Angebote der Kindertagespflege sowie mehr Betriebskindergärten sind hier nötig. Bürokratische Hürden bei der Förderung sind deshalb abzuschaffen.

Familienland Sachsen

Die Familie ist für uns das Herz der Gesellschaft. Kein Staat kann die Familie jemals ersetzen. Eine Schwächung von Familien erhöht die Belastungen für die gesamte Gesellschaft. Die Kraft der Familie ist unverzichtbar – ob in erfolgreichen oder schwierigen Lebenssituationen und Lebensstationen, ob in guten oder schlechten Zeiten.

Familie ist für uns dort, wo Eltern für Kinder oder auch Kinder für ihre Eltern und Großeltern sorgen. Leider ist es oft schwierig, sich für die Gründung einer Familie zu entscheiden. Berufliche Unsicherheiten und Zukunftssorgen, weite Wege zu Arbeitsorten – oft auch außerhalb Sachsens, durch Abwanderung zerrissene Familienstrukturen, mangelnde Kinderbetreuungsangebote, Karriereschranken sowie Nachteile bei der Wohnungssuche stehen einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft noch immer entgegen. Auch die Tatsache, dass es in Sachsen nahezu traditionell ist, dass beide Partner einer beruflichen Tätigkeit nachgehen wollen, stellt an moderne Familien besondere Ansprüche. Die Doppelverdienerfamilie ist in Sachsen zumeist erforderlich, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Dennoch hat sich in den letzten Jahren ein Wandel vollzogen. Mehr Geburten und eine Gesellschaft, die den Wert der Familie wieder mehr schätzt, haben der Familienpolitik Rückenwind gegeben und ins Zentrum der öffentlichen Debatte gerückt. Vor diesem Hintergrund wollen wir den Freistaat zum familienfreundlichsten Bundesland entwickeln. Wir wollen für ein Klima sorgen, das mehr Anerkennung für Kinder und die Erziehungsleistung ihrer Eltern schafft. Wir wollen bestehende Hürden und Benachteiligungen abbauen und konkrete Angebote zur Hilfe und Unterstützung unterbreiten. Außerdem setzen wir uns weiter für die rechtliche Gleichberechtigung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften ein. Dazu gehört für uns, dass diese Partnerschaften die gleichen Möglichkeiten bei Adoptionen haben und alle Frauen die gleichen Rechte bei künstlicher Befruchtung erhalten.

Für eine bessere Kinderbetreuung

Nur mit einem ausreichenden und flexiblen Betreuungsangebot für alle Kinder lässt sich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten. Doch nach wie vor gibt es in Sachsen vor allem für Kinder im Krippenalter zu wenige und zu unflexible Betreuungsangebote. Das Angebot von Tagesmüttern wird durch bürokratische Vorschriften unnötig beschränkt.

Alle Kinder müssen die Möglichkeit haben, eine Kindertageseinrichtung oder eine Kindertagespflege zu besuchen. Deshalb werden setzen wir uns, neben der Kita-Offensive der

Bundesregierung, für eine eigene sächsische Initiative zum Ausbau von Kindertageseinrichtungen und der Kindertagespflege ein.

Im Freistaat Sachsen soll für jedes Kind ein Rechtsanspruch auf ein Betreuungsangebot ab Vollendung des ersten Lebensjahres eingeführt werden. Der Besuch des letzten Kindergartenjahres soll darüber hinaus beitragsfrei angeboten werden. Mittelfristig und mit Hilfe des Bundes soll Kinderbetreuung generell kostenfrei werden.

Wir sind gegen jede Ausgrenzung von Kindern auf Grund ihrer sozialen Herkunft. Zugangskriterien sollen gesetzlich verboten werden, denn Kindertageseinrichtungen sind Bildungseinrichtungen. Auch die Kinder arbeitsloser Eltern müssen die Chance auf einen gleichberechtigten Zugang zu den Bildungsangeboten haben.

Die Öffnungszeiten der Kindertageseinrichtungen müssen flexibler werden. Sie sollen sich an den lokalen, geografischen und sozialen Gegebenheiten orientieren. Dies gilt vor allem für Abend- und Nachtstunden sowie Wochenenden, da immer mehr Arbeitnehmer zu diesen Zeiten beruflich tätig sind.

Weiter wollen wir Kinderbetreuungsangebote fördern, die zu unserer klein- und mittelständisch geprägten Unternehmenslandschaft passen und die ähnlich den Betriebskindergärten von einem oder mehreren Unternehmen betrieben werden. Ihre Aufnahme in öffentliche Förderprogramme muss vereinfacht werden.

Frühkindliche Bildung

Für uns fängt Bildung nicht erst in der Schule, sondern bereits in den Kindertagesstätten an. Frühkindliche Bildung soll Sprachvermögen und soziale Kompetenz fördern, motorische Fähigkeiten und die Konzentrationsfähigkeit schulen, sowie Neugier und Wissensdrang wecken. Um diesen Anspruch gewährleisten zu können, wollen wir die Umsetzung des Bildungsplanes durch bessere Personalressourcen in Kitas unterstützen. Ausreichende Vor- und Nachbereitungszeiten beispielsweise für Dokumentation, Diagnostik und individuelle Förderpläne sind gesetzlich zu verankern. Außerdem ist eine weitere Absenkung des Betreuungsschlüssels auch im Hort und der Kinderkrippe notwendig.

Familienleistung anerkennen

Die derzeit regierende CDU/SPD-Koalition in Sachsen hat nicht dazu beigetragen, die Leistungen von Familien auch finanziell besser zu würdigen. Das Landeserziehungsgeld wurde verkompliziert und gekürzt. Auch sonst gab es keine Entlastung für Familien. Im Gegenteil: Das Leben von Familien wurde überproportional teurer – nicht nur durch die von CDU und SPD im Bund ohne Zustimmung der FDP vorgenommene Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent. Wir wollen hingegen die Leistungen von Familien besser als bisher anerkennen. So sollen im Steuerrecht die Erziehungsleistungen von Eltern besonders berücksichtigt werden.

Das bisherige Ehegattensplitting wird dazu in ein Familiensplitting umgewandelt. Das Landeserziehungsgeld soll sofort und ohne Einbußen im Anschluss an das Bundeselterngeld gezahlt werden, unabhängig davon, ob Eltern für ihre Kinder staatliche Betreuungsangebote in Anspruch nehmen. Wir wollen außerdem den Geltungsbereich des sächsischen Familienpasses erweitern.

Kinderrechte ernst nehmen

Politik richtet sich immer häufiger nach den Wünschen älterer Mitbürger. Doch wir wollen auch die Interessen von Kindern und Jugendlichen beachtet wissen. Kinder- und Jugendparlamente sind mit mehr Rechten und Pflichten auszustatten als bisher. Die Einrichtung dieser Mitwirkungsorgane ist auf Antrag der Kinder und Jugendlichen zukünftig in jeder Kommune möglich. Auch im Sächsischen Landtag müssen die Belange von Kindern bei entsprechenden Gesetzen und Verordnungen besser berücksichtigt werden. Wir sprechen uns deshalb für eine Kinderkommission aus, die in Anlehnung an das entsprechende Gremium des Bundestages arbeiten soll.

Familienhilfe stärken, Kindesmisshandlung verhindern!

Die Erziehung und Betreuung von Kindern sind vorrangige Aufgabe der Eltern. Leider werden einige Eltern dieser Aufgabe nicht gerecht. Hier ist der Staat zum Wohl der Kinder gefordert. Kinder haben Rechte. Sie müssen in solchen Fällen mit dem Recht der Eltern auf Erziehung abgewogen werden. Vorrang hat für uns das Wohl des Kindes.

Wir treten für ein dichtes Netzwerk zur Früherkennung von Erziehungsproblemen und Fällen von Kindesmisshandlung ein. Zu diesem Netzwerk gehört, dass die Möglichkeiten zur anonymen Geburt ausgebaut werden. Dies beginnt bei den Hebammen, deren Ausbildung zur Familienhebamme wir verstärkt fördern wollen, um eine gute Beratung der Eltern in den ersten Monaten zu garantieren. In Kindertageseinrichtungen sollen Angebote zur Elternbildung unterbreitet werden. Erzieherinnen müssen für die frühzeitige Erkennung von Problemlagen sensibilisiert werden. Die Familienhilfe ist noch stärker in die Struktur der Kindertageseinrichtungen zu integrieren und Angebote der Elternbildung sind auszugestalten.

Weiter können Vorsorgeuntersuchungen bei den Kinderärzten genutzt werden, um Gefährdungen früh zu erkennen. Deshalb sollen diese im ersten Lebensjahr des Kindes für alle verbindlich sein. Die Folgeuntersuchungen sind über Bonussysteme attraktiv zu machen.

Insgesamt sind diese Untersuchungen weiter zu verdichten.

Weiterhin setzen wir uns für eine gesetzliche Grundlage zur flächendeckenden Einrichtung von Babyklappen ein.

Kinderarmut wirksam bekämpfen

Viele Eltern wollen trotz geringer Einkommen ihren Kindern beste Chancen für die weitere Entwicklung bieten. Doch stößt dieses Bestreben an Grenzen. Die Teilhabe von Kindern an Bildung, Kultur und sozialem Miteinander wird zu oft durch zu geringe Einkommen der Eltern erschwert oder verhindert.

Wir wollen Nachteile von Kindern aus einkommensschwachen Familien abbauen. Bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familien, insbesondere von Alleinerziehenden, sind ein Weg, um die Einkommenssituation zu verbessern. Linkspopulistische Vorschläge zur Erhöhung von Transferleistungen lehnen wir jedoch ab. Wir wollen Lösungen, die bei den Kindern auch ankommen.

Bessere Teilhabe werden wir mit ganz konkreten Angeboten fördern. Gute Bildungschancen für Kinder aus einkommensschwachen Familien sind zu gleich auch bessere Lebenschancen. Wir wollen deshalb die komplette Lernmittelfreiheit einführen und Ganztagsschulangebote ausbauen. Durch das Verbot von Zugangskriterien sollen zudem Barrieren zur frühkindlichen Bildung abgebaut werden.

Jugend- und Sozialämter stärken

Die Mitarbeiter in den Jugend- und Sozialämtern sind für die Bürger erster Ansprechpartner bei sozialen Problemlagen und vermitteln staatliche Leistungs- und Förderangebote. Gerade hier wurde in der Vergangenheit oft überproportional eingespart – mit der Folge, dass gesetzlich mögliche Leistungen nicht oder nicht in vollem Umfang erbracht werden.

Wir brauchen daher keine neuen Gesetze, sondern eine entsprechende Ausstattung der Jugend- und Sozialämter mit qualifiziertem Personal und finanziellen Mitteln.

Zur Sicherstellung der hohen qualitativen Leistungserbringung müssen in den Fachämtern Fach- und Finanzverantwortung getrennt wahrgenommen werden.

Dezentrale Strukturen und Beratungsangebote in den Landkreisen sind wichtige Instrumente. Sozialleistungen sollen unbürokratisch und nach einheitlichen Vorgaben gewährt werden.

Dabei sollen die Behörden auf die staatlichen Hilfs- und Förderangebote in sozialen und finanziellen Notsituationen hinweisen.

Jugend in Sachsen

Kinder und Jugendliche wollen ihr Leben in die eigene Hand nehmen. Als Partei, in der junge Leute die Chance erhalten, Verantwortung zu übernehmen, sind wir die „natürlichen“ Verbündeten der jungen Generation.

Wir wollen Sachsen für junge Menschen aus anderen Bundesländern attraktiv machen. Wir wollen nicht nur einen Stopp von Abwanderung, sondern vielmehr den Zuzug vieler junger Menschen. Dafür brauchen wir ein attraktives, junges, internationales und dynamisches Sachsen.

Generationengerechtigkeit schaffen

Der demographische Wandel ist Realität. Wir müssen hierauf reagieren, um unserer jungen Generation nicht einen Berg Schulden und eine erdrückende Abgabenlast zu hinterlassen. Die Frage der Generationengerechtigkeit muss bei der Erarbeitung von Gesetzen eine maßgebliche Rolle spielen.

Jugendförderung reformieren

Jugendförderung muss Aufgabe der Kommunen sein. Daher ist die Jugendförderung in den Katalog der Pflichtaufgaben für Kommunen aufzunehmen und vom Land mit zu finanzieren. Die derzeit bestehende Jugendpauschale ist dafür ungeeignet. Weite Wege und die geringe Auslastung von Einrichtungen im ländlichen Raum machen höhere Beträge erforderlich. Auch bei einer rückläufigen Zahl von Jugendlichen im ländlichen Bereich wollen wir eine flächendeckende Grundinfrastruktur weiterhin sicherstellen. Jährliche Förderungen sind durch mehrjährige Fördervereinbarungen zu ersetzen, um Vereinen und Verbänden Planungssicherheit zu geben.

Jugend für Demokratie gewinnen!

Wir wollen Demagogen von Links und Rechts keine Chance geben. Wer die Demokratie nachhaltig stärken will, muss die Jugend von unseren demokratischen Werten und den Vorzügen unseres Gesellschaftssystems überzeugen.

Die Programme des Freistaates zur Förderung von Demokratie und Weltoffenheit sollen zielgenau ausgerichtet werden. Der Schwerpunkt muss dabei auf der Aufklärung über Extremismus, politischer Bildung und einer Stärkung der Zivilgesellschaft liegen. Erste Anzeichen für Extremismus dürfen nicht einfach geduldet, sondern müssen konsequent bekämpft werden.

Es ist falsch, Jugendförderung auf Problemjugendliche zu beschränken. Wir brauchen eine Stärkung von normalen Freizeitangeboten in Vereinen und Sportclubs, bei der Freiwilligen Feuerwehr und in öffentlichen Jugendclubs.

Den Schulen kommt eine besondere Verantwortung zu. Jugendliche müssen den Unterschied zwischen einer demokratischen Bürgergesellschaft und einer extremistischen Gesellschaftsordnung erkennen können. Dafür ist eine für Jugendliche verständliche Aufklärung über die beiden Diktaturen des letzten Jahrhunderts auf deutschem Boden unerlässlich. Verklärungs- und Verharmlosungstendenzen muss auch im Unterricht konsequent entgegen getreten werden. Zudem sollen Schüler über die Zusammenarbeit mit Parlamenten, Parteien, Stiftungen und politischen Jugendorganisationen stärker an die praktische Politik und an demokratische Entscheidungsprozesse herangeführt werden.

Wahlrecht ab 16 Jahren

Jugendliche können und müssen heute mehr Verantwortung als früher übernehmen. Deshalb wollen wir das aktive Wahlrecht bei Kommunal- und Landtagswahlen auf 16 Jahre senken.

Altersdiskriminierung aufheben

Die Sachsen werden erfreulicherweise immer älter. Die älteren Sachsen von heute haben mit den älteren Sachsen von gestern nicht mehr viel gemeinsam. Noch nie gab es so viele Menschen, die so aktiv, engagiert, modern und gesund ihren dritten Lebensabschnitt erleben können. Diese Männer und Frauen sind ein wertvoller und unverzichtbarer Teil in und für unsere Gesellschaft – ob in der Familie, in Vereinen und Initiativen, in der Wirtschaft oder in der Politik.

Die Politik wird diesen Veränderungen bisher nur unzureichend gerecht. Sie muss endlich begreifen: Seniorenpolitik ist viel mehr als die Betreuung Älterer.

Die zunehmende Bedeutung der Senioren für unsere Gesellschaft muss auch politisches Handeln ändern. Schwerpunkt im Bereich Seniorenpolitik müssen Generationengerechtigkeit und die Vermeidung von Altersdiskriminierung sein. Senioren wollen keine Sonderrechte, aber eine Anerkennung ihrer Lebensleistung. Wir wollen das Wissen und die Erfahrung älterer Mitbürger für die Gesellschaft nutzen.

Wir setzen auf die Ablösung bevormundender Fürsorge durch die Förderung zur selbst bestimmten und eigenverantwortlichen Teilhabe. Freiheit und Verantwortung kennen keine Altersgrenzen.

Daher fordern wir die Aufhebung aller diskriminierenden Altersbeschränkungen, die Senioren bei der Ausübung ihres Berufes, Ehrenamtes oder einer anderen Tätigkeit behindern. Wir wollen Senioren motivieren, sich stärker in den Seniorenvertretungen und Parlamenten zu engagieren und sich mit ihren Bedürfnissen und Interessen über kommunalpolitische Aktivitäten mehr Gehör zu verschaffen. Generationsübergreifende Wohnmodelle sind eine Möglichkeit, um eine Ausgrenzung älterer Menschen zu verhindern.

Politik für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung sind vollwertige Mitglieder unserer Gesellschaft. Wir setzen uns für ihre Unterstützung ein. Sie brauchen neben Rechten auch faire Chancen. Ziel muss eine echte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben sein.

Menschen mit Behinderung müssen öffentlichen Gebäude und Verkehrsmittel unabhängig von fremder Hilfe benutzen können. Beim Neubau von Behördengebäuden soll deshalb die gesetzliche Verpflichtung zur barrierefreien Bauausführung, die bereits für Landesinstitutionen gilt, auch auf Landkreise, Gemeinden und sonstige öffentliche Einrichtungen ausgeweitet werden. Die Belange der Behinderten sollen in den Kommunen durch die Bestellung von Behindertenbeauftragten besser als bisher berücksichtigt werden.

Die Integration von Menschen mit Behinderungen sollte bereits im Kindergarten erfolgen. Wir setzen uns daher für den Ausbau von Integrationskindertagesstätten und Integrationsschulklassen ein. Es soll Kindern mit Behinderung auch barrierefrei möglich sein, gewöhnliche Kindertagesstätten und Schulen zu besuchen, wenn ihre Behinderung das zulässt.

Menschen mit Behinderung sind besonders auf die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft angewiesen. Dies kann aber nur gelingen, wenn entsprechende Hilfestellungen auch bei den öffentlichen Verkehrsmitteln gewährt werden.

Die Finanzierung der Behindertenselbsthilfe im Freistaat Sachsen ist auf eine stabile und langfristige Grundlage zu stellen.

Integration in Sachsen

Schon immer sind neue Bürger nach Sachsen gekommen. Mit dieser Zuwanderung war und ist ein Zugewinn an Wissen und Kenntnissen, aber auch an kulturellem Leben verbunden, den es in unsere Gesellschaft einzubinden gilt.

Integration ist ein langer, schwieriger Prozess, der nur gelingt, wenn für die Hinzugekommenen Möglichkeiten der Teilhabe bestehen. Dies bedeutet zunächst einen Zugang zum Arbeitsmarkt und verlässliche Aufenthaltsbedingungen. Gleichzeitig liegt es auch am Freistaat, nicht nur Integration zu fördern, sondern auch von allen, die hier leben einzufordern. Wir erwarten, dass diejenigen, die aus freien Stücken zu uns kommen, unserer Verfassung, unserer Kultur, unserer Sprache, unserer Geschichte und unseren Traditionen mit Respekt begegnen und alles dafür tun, Teil unserer Gesellschaft zu werden. Der Freistaat wird ihnen dabei helfen.

Wir setzen uns in Anlehnung an den Nationalen Integrationsplan für ein sächsisches Integrationskonzept unter Verantwortung des Staatsministeriums für Soziales ein. Darin sind die sprachlichen Fördermaßnahmen für Kinder und Erwachsene und die Organisation von Wissensvermittlung besonders zu verankern. Schüler und Eltern müssen besser über die Verschiedenartigkeit und den daraus resultierenden Möglichkeiten von Abschlüssen informiert und gezielt bei ihrer Berufsorientierung und -wahl unterstützt werden. Zudem sind Einrichtungen der Arbeitsvermittlung und Arbeitsförderung in politische und soziale Prozesse zu Integrationsfragen einzubinden.

Gesundheit und Pflege

Medizinische Versorgung und Pflege nachhaltig sichern

Wir alle sind auf medizinische Leistungen angewiesen. Dass diese Leistungen in Sachsen flächendeckend zur Verfügung stehen, ist für die Zukunft aber nicht gesichert. Die Sicherung der jetzigen medizinischen Versorgung und pflegerischen Betreuung sind deshalb wichtige Herausforderungen der kommenden Jahre. Aufgrund einer höheren Lebenserwartung und der Entwicklung des medizinisch-technischen Fortschritts wird der Bedarf für diese Leistungen sogar noch wachsen.

Im Gegensatz dazu nimmt die Zahl der tätigen Ärzte stetig ab. Selbst in den Großstädten Chemnitz, Leipzig und Dresden können heute schon viele Hausärzte keinen Nachfolger für ihre Praxis finden. Innerhalb der nächsten fünf Jahre geht ein Fünftel der Kassenärzte in Sachsen in Rente, darunter 70 von 365 Kinderärzten. In den Kliniken können zahlreiche freie Stellen nicht mehr besetzt werden. Hinzu kommt, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in Zukunft deutlich ansteigen wird.

In den nächsten Jahren werden in allen Versorgungsbereichen dringend Ärzte und qualifizierte Pflegekräfte benötigt. Die gegenwärtige Gesundheitspolitik hat auf diese absehbaren Entwicklungen bisher unzureichend reagiert. Wirksame Maßnahmen zur Sicherung der medizinischen Versorgung wurden bisher nicht ergriffen. Für die Bürger heißt dies zukünftig längere Wege und Wartezeiten oder sogar Defizite in der Versorgungsqualität.

Wir wollen langfristig dafür sorgen, dass überall in Sachsen eine gute medizinische Versorgung und Pflegeleistungen für alle Bürger verfügbar sind.

Moderne Medizin für alle in Sachsen

Wirtschaftlich verantwortliches Handeln ist zwar ein Garant für eine gute medizinische Versorgung und pflegerischer Betreuung. Im Bereich der medizinischen Versorgung und der Pflege geht es aber um mehr als nur wirtschaftliche Überlegungen. Für uns hat eine medizinisch optimale Patienten- und Betreuungsversorgung Priorität.

Wir wollen, dass sich Sachsens Bürger unabhängig von ihrem Einkommen dauerhaft auf eine qualitativ hochwertige medizinische Grundversorgung und pflegerische Betreuung verlassen können.

Jeder muss sicher sein, dass auch im ländlichen Raum die notwendige Vorsorge und Versorgung geleistet wird, dass moderne Medizintechnik zur Verfügung steht und auch bei schwersten Erkrankungen die optimale Behandlung erfolgt.

Defizite bei der Versorgung durch Rettungsdienste und Krankentransport können nicht hingenommen werden. Wir werden hier dafür sorgen, dass die gesetzlich geregelten Einsatzzeiten und Verfügbarkeiten des Rettungsdienstes im Freistaat Sachsen erfüllt werden – und zwar in allen Regionen des Freistaates.

Neben der Erreichbarkeit von Kranken- und Pflegekassen muss die einfache und verständliche Beantragung und Abrechnung von Leistungen zum Regelfall werden. Kosten und erbrachte Leistungen müssen für Patienten, Betreute wie auch für Angehörige transparent und nachvollziehbar sein. Das schließt die Nutzung der elektronischen Gesundheitskarte unter Beachtung aller datenschutzrechtlichen Bestimmungen selbstverständlich mit ein.

Die Einführung des bundesweiten Gesundheitsfonds belastet besonders die sächsischen Beitragszahler und führt nicht zur Erhöhung der Versorgungsqualität. Aus diesem Grund lehnen wir diese planwirtschaftliche Gesundheitsreform ab.

Ärztmangel in Sachsen bekämpfen

Die Bekämpfung des Ärztemangels im ländlichen Raum ist für uns eine der Hauptaufgaben der Gesundheitspolitik. Dazu brauchen wir eine zügige Anhebung der Honorare von Ärzten und Zahnärzten auf Westniveau. Durch umfangreiche Reformen beim Medizinstudium sollen vor allem mehr junge Hausärzte gewonnen werden. Wir wollen die freiberufliche Tätigkeit von niedergelassenen Ärzten stärken sowie den Erhalt und die Neueröffnung von Arztpraxen in unterversorgten Regionen finanziell fördern. Die verfehlte Gesundheitspolitik von CDU und SPD im Bund muss grundsätzlich korrigiert werden.

Medizinische Versorgung bedeutet, dass Haus- und Facharzt überall in Sachsen schnell erreichbar sind. Dies gilt vor allem in den Regionen außerhalb der großen Städte. Auch die CDU/SPD-Staatsregierung in Sachsen hat die medizinische Versorgung ländlicher Regionen in den letzten Jahren leider vernachlässigt. Versorgungsmodelle wie das Projekt „AGNES“ werden die Probleme flächendeckend nicht lösen können.

Gerade für den ambulanten Sektor, insbesondere in der hausärztlichen Versorgung, sind finanzielle Anreize unabdingbar, um die sich abzeichnende Unterversorgung abzuwenden. Wir setzen uns deshalb dafür ein, die finanziellen Rahmenbedingungen der ärztlichen Tätigkeit auf den Prüfstand zu stellen und eine grundlegende Veränderung des Honorarsystems herbeizuführen.

Die Übergabe einer Arztpraxis an junge Berufskollegen ist durch Bürgschaften zu unterstützen. Ferner wollen wir unnötige berufsrechtliche Einschränkungen der Ärzte abschaffen. Ebenso ist die Einschränkung der freien Arztwahl, wie zum Beispiel durch den Abschluss von Selektivverträgen zwischen Ärzteverbänden und einer Krankenkasse durch den Bundesgesetzgeber zu stoppen.

Wir wollen zukünftige Mediziner in Form der Vergabe angemessener Stipendien für eine spätere klinische Tätigkeit oder Niederlassung in Sachsen gewinnen.

Auch die Gewährleistung optimaler personeller und struktureller Voraussetzungen für Spitzenleistungen in medizinischer Forschung und Lehre ist für uns eine wichtige Aufgabe. Dazu gehören die Forschung an den Universitäten Leipzig und Dresden sowie die Versorgungsforschung und eine konsequente patientenorientierte Ausbildung des ärztlichen Nachwuchses.

Wir setzen uns auch dafür ein, dass der Arztberuf wieder an Attraktivität gewinnt und den nichtärztlichen Gesundheitsfachberufen eine höhere Wertschätzung in unserem Gemeinwesen entgegengebracht wird.

Das Gesundheitssystem wird auch durch Angehörige nicht ärztlicher Gesundheitsberufe getragen. Für diese Gesundheitsfachberufe ist eine Neuorientierung geboten. Der Arbeitsmarkt hält für diese Berufe sichere Beschäftigungsperspektiven bereit.

Ausbildungsstrukturen und Berufsqualifikationen müssen aber in ihrer Entwicklung diesen Anforderungen angepasst werden.

Wir treten für eine Stärkung der freiberuflichen Gesundheitsfachberufe, eine adäquate Honorierung von ärztlichen Leistungen sowie für die Einhaltung der tarifrechtlich vereinbarten Arbeitsbedingungen ein.

Wir wollen, dass Freie Heilberufler ihre verantwortungsvolle Tätigkeit weiter in wirtschaftlicher und fachlicher Eigenverantwortung ausüben können. Das gilt ebenso für Ärzte wie für Apotheker.

Apotheken als wichtige Gesundheitseinrichtungen sind weit mehr als nur Arzneimittelläden. Sie sind vielmehr bewährte Einrichtungen, die neben einer qualifizierten Arzneimittelversorgung und Beratung auch einen Schutz vor risikoreichen Produkten sowie nicht zugelassenen oder gefälschten Arzneimitteln darstellen.

Sicherung der Pflege

Immer mehr Menschen brauchen im Alter Pflegeleistungen. Meist werden diese Arbeiten von Angehörigen erledigt. Daneben benötigen wir aber auch professionelle Pflege in stationären Einrichtungen und von ambulanten Pflegediensten.

Mit Sorge sehen wir die wachsenden Probleme im Bereich der Pflege älterer Menschen. Zu einem selbst bestimmten Leben gehört auch, dass in einer Wohneinrichtung betreute ältere Menschen ihren Tagesablauf weitestgehend selbst bestimmen können. Verbliebene Fähigkeiten müssen nach dem Prinzip der aktivierenden Pflege gefördert werden. In diesem Zusammenhang muss die Altersforschung vorangetrieben werden und in die Aus- und Weiterbildung der Mediziner und Pflegekräfte einbezogen werden.

Gerade ambulante Pflegedienste müssen zukünftig überall in Sachsen in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen.

Die auf Bundesebene geplante flächendeckende Neueinrichtung von Pflegestützpunkten zur Pflegeberatung betroffener Bürger kann Pflegeleistungen nicht erbringen, sondern wird nur zusätzliche Sach- und Personalkosten verursachen. Diese Finanzmittel sollten in der Pflege und Betreuung eingesetzt werden, nicht in der Bürokratie.

Die eigenverantwortliche Entscheidung für eine bestimmte Form und einen bestimmten Anbieter bei der Alten- und Krankenpflege muss durch größere Transparenz der Leistungsangebote, der Qualitätsergebnisse und der Kosten erleichtert werden und kann mittels einem Aufklärungskordinator (Pflegeberater) im Sozialamt des Kreises geleistet werden. Dazu sollen ausgewählte Ergebnisse der Kontrollen durch die Krankenkassen sowie die Heimaufsicht im Internet für Jedermann zugänglich sein.

Zusätzlich müssen die Anforderungen an Dokumentations- und Qualitätsmanagementsysteme überprüft werden. Die Ländergesetzgebung ist neu zu regeln, um dem Pflegepersonal wieder mehr Zeit für die originäre Aufgabe – nämlich der Pflege Betroffener – zu geben.

Eigenverantwortung und Vorbeugung

Der Wunsch jedes Menschen ist es, gesund alt zu werden. Die Bedeutung von Prävention und Gesundheitsförderung liegt also auf der Hand.

Neben dem Anspruch auf medizinische Versorgung und pflegerische Betreuung sollte jeder erkennen, dass es an ihm selbst liegt, etwas für seine Gesundheit zu tun, um Erkrankungen und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden.

Das Bewusstsein für eine gesunde Ernährung und körperliche Bewegung muss bereits in Kindes- und Jugendalter vermittelt werden. Wir treten deshalb für eine verbesserte Gesundheitserziehung in Kindergärten und Schulen sowie die finanzielle Förderung von Sporteinrichtungen ein.

Wir setzen uns darüber hinaus für eine stärkere Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen und Impfprogrammen ein. Die Teilnahme aller Kinder an den regelmäßigen Gesundheitsvorsorgeuntersuchungen ist unser Ziel. Die von der Impfkommision des Bundes empfohlenen Schutzimpfungen sollen für Kinder verpflichtend werden. Der Kinder- und Jugendärztliche Dienst ist in Sachsen personell so auszustatten, dass wieder alle Schuluntersuchungen entsprechend den gesetzlichen Vorgaben durchgeführt werden können.